

Beschluss des 5. Landesparteitages
2. Tagung der Partei DIE LINKE. Thüringen am 5.11.2016 in Eisenberg
(Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit 6 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen
angenommen)

Mit Sicherheit das Beste für Thüringen
Thesen zur Debatte des Bundestagswahlprogramm 2017

Die Bundestagswahl im Herbst 2017 wird die größte politische Herausforderung, der sich DIE LINKE in ihrer bisherigen Geschichte gegenübersteht. Gewohnte Konstellationen und (Partei-) Bündnisse sind ins Wanken geraten. Neue gesellschaftliche und parlamentarische Kooperationen entstehen. Unsere Partei muss sich dieser Herausforderung stellen und in neuer Form die vorhandenen gesellschaftlichen Protestpotentiale gegen den Rechtsruck und den Neoliberalismus bündeln. DIE LINKE muss ihren Anspruch auf Gestaltung einer sozial gerechten, solidarischen, weltoffenen und nach innen und außen friedlichen Gesellschaft und damit verbunden die Vision einer demokratisch-sozialistischen Zukunft neu formulieren.

Spätestens seit 2013 hat sich der gesellschaftliche Rechtsruck mit der Herausbildung eines neuen rechtspopulistischen und extrem rechten Lagers verfestigt, das sich parlamentarisch zu verankern beginnt. Zugleich erleben wir eine erschreckende Welle rechter und rassistischer Gewalt. Pegida, Antifeminismus, Verschwörungsgläubige, neue intellektuelle Rechte, militante Neonazis und die AfD sind unterschiedliche Formen dieses Rechtsrucks. Dieser reicht bis weit in die „Mitte der Gesellschaft“ und wird politisch wirksam dadurch, dass CDU/CSU und SPD ihm zunehmend nachgeben. So wurden mit den Asylrechtsverschärfungen der letzten Jahre viele erkämpfte menschenrechtliche Errungenschaften wieder zurückgenommen und das Grundrecht auf Asyl geschliffen, wie es seit dem so genannten Asylkompromiss Anfang der 90er Jahre nicht vorstellbar war. Spätestens seit 2015 explodierte die rassistische Hetze und war vielerorts mit Gewalt gegen Geflüchtete und Andersdenkende verbunden. Islamistischer Terror und die Reaktionen der Bundesregierung im Bereich der Inneren Sicherheit stärkten diese Hysterie. Zusätzlich werden rassistische Hetze und Vorurteile durch Vertreter_innen der Großen Koalition (u.a. die rechtskonservative CSU) ordnungs- und sicherheitspolitisch und unter Inkaufnahme der Verfestigung ausländer- und islamfeindlicher Ressentiments benutzt, um der Konkurrenz der rechtspopulistischen AfD um die Wähler_innengunst Herr zu werden. Wir erleben, wie sich die Debatten der gesamten Gesellschaft in einem erschreckenden Tempo verschieben. Offener Antisemitismus war bisher die letzte Bastion, die im öffentlichen Raum zwischen Nazi-Sekte und akzeptierter Partei trennte. Die AfD ist es mittlerweile gelungen, selbst diese Bastion zu schleifen.

Gleichzeitig zeigt sich seit 2015 auch eine andere, eine solidarische Mobilisierung in der Gesellschaft. Hunderttausende Menschen halfen Geflüchteten und führen ihr Engagement - viel zu wenig öffentlich wahrgenommen und gewürdigt - mit konkreter Arbeit fort. Massenhaft beteiligen sich Menschen aus den unterschiedlichsten Bereichen von Gewerkschaften bis Umweltorganisationen an den Protesten gegen die Verschärfung neoliberaler Politik durch TTIP und CETA. Dieses Lager der Solidarität bildet das Gegenmodell sowohl zum rechtspopulistischen und extrem rechten Lager als auch den neoliberalen Vorstellungen in der Gesellschaft. Diesem Lager der Solidarität mit seinem humanistischen und weltoffenen Gesellschaftsbild ist DIE LINKE in Wort und Tat verpflichtet.

Parallel dazu setzt sich eine Tendenz zur gesellschaftlichen Spaltung und zu mehr sozialer Unsicherheit für viele Menschen fort. Sie bildet, viel stärker als die gegenwärtigen internationalen

Krisen und Konflikte und deren Rückwirkungen auf Europa in Form von Terror und Gewalt, die tatsächliche Ursache für die steigende Unsicherheit und Zukunftsangst in der Gesellschaft.

Auch in der Bundesrepublik setzt sich die politisch gewollte Unsicherheit in der Arbeits- und Lebenswelt fort. Von der Vorstellung „Guter Arbeit“ und der Vereinbarkeit von Arbeit, Freizeit und Familie sind wir weiter entfernt als je zuvor. Tariffucht der Unternehmen, Leiharbeit, befristete Verträge, Jobcenter-Maßnahmen und Teilzeit-Jobs sind auf dem Vormarsch und machen für immer weniger Menschen das Leben planbar: Kann ich mir die anstehende Autoreparatur noch leisten? Habe ich die Chance auf einen Kredit für mein Eigenheim? Und bleibt nach Miete, Nebenkosten, Lebensmitteln, Kita-Gebühren, Telefon und Versicherungen überhaupt noch Geld für Kinder, für Freizeit und Urlaub?

Die verlangte Flexibilität und die Beschleunigung von Arbeit und Leben belasten die Menschen. Die Welt der Prekarisierten und Ausgegrenzten lässt sich nicht einmal mehr aus der Welt der noch einigermaßen geschützten Lohnarbeit heraushalten. Die Diagnose „Abstiegsgesellschaft“ (Oliver Nachtwey) zeigt, dass es für die unteren und mittleren Einkommensgruppen - besonders bei den Jüngeren – noch weiter nach unten geht. Nach vielen Jahrzehnten relativer sozialer Sicherheit steht heute eine Generation vor der Erkenntnis, dass sie schlechter leben wird als die Generation ihrer Eltern. Daraus resultieren Ängste vor Abstieg und Wohlstandsverlust, die den Ruf nach Abschottung und Besitzstandswahrung verstärken. Solidarität wird zum Luxusgut.

Besonders gilt dies dort, wo sich der Staat zurückzieht und die öffentliche Daseinsvorsorge verschwindet: in sozialen Brennpunkten und in Teilen des - gerade auch ostdeutschen - ländlichen Raums. Wenn mobile Jüngere wegziehen oder der Staat durch geringes Engagement Lebensräume von Menschen einfach aufgibt, fehlen Ärztinnen und Ärzte und verschwinden auch die letzten Unternehmen. Die verbliebenen Menschen fühlen sich verlassen.

Je auswegloser diese Situation den Menschen erscheint, je unmöglicher sie sich vorstellen können, die ungerechten Verhältnisse mit demokratischen Mitteln, gesellschaftlicher Debatte und politischen Entscheidungen wieder zu korrigieren, desto eher tendieren sie zu Ellbogenmentalität und propagieren nationale Lösungen. Solange die neoliberale Politik in Deutschland und in Europa bestimmend bleibt, macht diese für rechtspopulistische, extrem rechte und neoliberale Anrufungen empfänglich.

Das Festhalten an der „Schwarzen Null“ und der Schuldenbremse, die eine Investitionsbremse ist, und der harte Kurs der Großen Koalition gegenüber den süd- und südosteuropäischen Staaten zerstören zunehmend die europäischen Gesellschaften und Regionen. Sie haben die EU in eine existentielle Krise geführt. Nicht die Geflüchteten, sondern das Sparen zulasten der Armen und der Mittelschichten und die Umverteilung von Unten nach Oben sind verantwortlich dafür, dass in der Bundesrepublik zu wenig Geld für Kitas, Lehrer_innen oder Polizist_innen, für notwendige Investitionen in Bildung, öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur sowie sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wird.

DIE LINKE muss diese Herausforderungen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit und in den Fokus ihres Bundestagswahlkampfes 2017 stellen. Sie muss programmatische Antworten geben und konkrete Lösungen aufzeigen, die klar machen: Eine Gesellschaft der Solidarität und eine sichere Zukunft sind möglich.

Hierfür stellt DIE LINKE. Thüringen folgende Thesen für die Erarbeitung des Bundestagswahlprogramms zur Diskussion:

- 1) Solidarität und Gerechtigkeit – heute und in Zukunft: DIE LINKE ist ein Teil des solidarischen Lagers in der Gesellschaft. Wir stehen an der Seite der Menschen, die soziale Sicherheit, eine fortschrittliche Politik, gleiche Lebenschancen, Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden brauchen und wollen. Unsere Politik orientiert sich daran, diese Vorstellungen Realität werden zu lassen – durch Widerstand und Protest, durch Mit- und Umgestaltung im Hier und Jetzt und durch die Utopie einer über den Kapitalismus hinausweisenden Alternative: den Demokratische Sozialismus.
- 2) Umverteilung für Gerechtigkeit und Solidarität: DIE LINKE steht für eine demokratische Umverteilung von Reichtum. Wir werden beweisen, dass demokratische Umverteilung möglich ist. Dafür braucht es konkrete Vorschläge für eine sozial gerechte Steuerpolitik, für mehr soziale Gerechtigkeit und bessere öffentliche Daseinsvorsorge.
- 3) Sozialgarantie für mehr Sicherheit: Unsicherheit prägt das Leben vieler Menschen. Eine Sozialgarantie des Staates muss die Angst vor individuellem und gesellschaftlichem Abstieg nehmen. DIE LINKE muss konkrete Antworten haben, wie prekäre Beschäftigung, die Kostenexplosion bei Miete, Energie und Mobilität zurückgedrängt werden können, um Stabilität im Job und im Leben gewährleisten zu können. Gerade im Job braucht es dazu eine Stärkung gewerkschaftlicher Durchsetzungsmacht, um den Geltungsbereich von Tarifverträgen wieder auszuweiten. Die Menschen müssen wieder ihre Zukunft planen und aufbauen können, statt im Überlebenskampf festzustecken. Dieses soziale Sicherheitsversprechen gilt für alle hier lebenden Menschen.
- 4) Kompetent für den Osten streiten: Ostdeutschland als neoliberales Experimentierfeld nach 1990 hat eine besonders stark durch Verunsicherung geprägte Gesellschaft. Mangelnde Zukunftsplanung und Perspektive lassen Menschen schon länger am Turbokapitalismus verzweifeln. Hier findet sich ein größerer Anteil an Regionen, aus denen sich der Staat zurückgezogen hat. Dadurch begünstigt, machen sich apathische und anti-demokratische Haltungen breit. DIE LINKE muss daher wieder verstärkt bestehende Forderungen und Vorschläge zur Angleichung der Lebensverhältnisse, zum Abbau bestehender Nachteile wie der Lohnunterschiede, der Renten-Ungerechtigkeit und der heutigen Benachteiligung der nach DDR-Recht geschiedenen Frauen artikulieren und mehr Investition in Infrastruktur sowie eine Förderung kollektiver Produktionsformen in der Landwirtschaft einfordern. Denn gerade die Menschen im Osten brauchen eine linke Alternative.
- 5) Neue Formen der Arbeit – neue Sicherheiten: DIE LINKE muss auch für die neuen Formen der Arbeit (immer mehr Dienstleister_innen, (Solo-)Selbständige und digitale Arbeiter_innen) soziale Absicherungssysteme entwickeln, die tragfähig sind und Lebensplanung ermöglichen. Gewerkschaftliche Organisation und Mitbestimmungsmöglichkeiten müssen in diesem Feld ausgeweitet werden. Der Gewinn von Effizienz durch Digitalisierung muss gesellschaftlich - etwa durch Arbeitszeitverkürzung - genutzt werden, um einen erneuten Anstieg der Massenarbeitslosigkeit zu vermeiden.
- 6) Klimaschutz sichern: Eine der größten Herausforderungen für unsere Zukunft ist der gegenwärtig stattfindende Klimawandel. Dazu hat die Weltklimakonferenz in Paris 2015 beschlossen, den weltweiten Temperaturanstieg auf unter 2 Grad zu begrenzen. Deutschland ist trotz aller Maßnahmen der letzten Jahre nach wie vor weltweit der sechstgrößte Produzent von CO₂ und anderen klimaschädlichen Gasen. DIE LINKE muss dafür eintreten, die Energiewende zu beschleunigen und zum Erfolg zu führen. Wir setzen uns für einen verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien in der Strom- und Wärmeversorgung, im Verkehrsbereich und den Ausbau der Speichertechnologien ein.

- 7) Ja zu öffentlicher Sicherheit. Nein zu Überwachung: DIE LINKE weist die Sicherheitsversprechen autoritärer Innen- und Außenpolitik zurück, die die Ängste von Menschen benutzt, um Bürgerrechte abzubauen und die Disziplinierung abweichenden Verhaltens auszuweiten. Der Einsatz der Bundeswehr im Innern, die Vorratsdatenspeicherung oder ausgedehntere Überwachung können keinen Amoklauf oder Terrorakt von Einzeltätern verhindern. Auch für die öffentliche Sicherheit ist die Überwindung von sozialer Ausgrenzung ein zentrales Element. Eine Gesellschaft, die allen Menschen eine reale Zukunftsperspektive bietet, ist die beste Form der Prävention von Kriminalität.
- 8) Für Frieden und fortschrittliche Politik weltweit! Eine Alternative zur Politik der Angst ist eine Politik, die internationale Sicherheit wiederherstellt und nicht durch militärische Eskalation immer neue Quellen von Unsicherheit selbst mit produziert. Sicherheit entsteht durch stabile Systeme der friedlichen Konfliktbearbeitung und eine Außenpolitik, die Frieden und Sicherheit höher bewertet als wirtschaftliche Vorteile. DIE LINKE muss daher die Rolle kollektiver Sicherheitsinstitutionen, wie der OSZE und UNO mit dem Ziel hervorheben, um so mittelfristig militärische Blöcke wie die NATO zu ersetzen. DIE LINKE lehnt Auslandseinsätze der Bundeswehr ohne Wenn und Aber ab. Internationale Solidarität bedeutet zudem die Stärkung linker und emanzipatorischer Bewegungen weltweit – auch das sind Schritte fortschrittlicher Außenpolitik zu mehr Frieden und Gerechtigkeit.
- 9) Schutz und Sicherheit für Geflüchtete! Solange weltweit Krieg, Gewalt und wirtschaftliche Destabilisierung ganzer Regionen anhalten, muss die Bundesrepublik Sicherheit und Schutz für die Vertriebenen und Geflüchteten bieten. DIE LINKE tritt daher weiter für die Wiederherstellung des vollen Rechts auf Asyl ein, wie es bis zum sogenannten Asylkompromiss von 1993 bestand. Aufbauend auf der praktizierten Hilfe hunderttausender ehrenamtlicher Unterstützer_innen ist eine auf soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit orientierte Politik und Alltagspraxis zu entwickeln – vom Bund bis in die Kommunen und Gemeinschaften der Gesellschaft. Wir schlagen vor, einen Weg für den Erfahrungstransfer in die Verwaltung zu öffnen und Flüchtlingshelferinnen in den öffentlichen Dienst zu übernehmen.
- 10) Klare Kante gegen Rechts - für eine solidarische, gerechte und weltoffene Gesellschaft! DIE LINKE stellt sich dem Rechtsruck entgegen, der eine Bedrohung für demokratische Kultur, eine vielfältige Gesellschaft und nicht zuletzt die körperliche Unversehrtheit von Menschen ist. Die Auseinandersetzung mit der AfD ist daher auch keine bloße Parteien-Konkurrenz, sondern der Kampf gegen die Feind_innen der Demokratie und für die Rechte von Frauen, Homosexuellen, Migrant_innen, Minderheiten und Ausgegrenzten und für soziale und gesellschaftliche Errungenschaften.
- 11) Rot-Rot-Grün mit Blick auf unsere politischen Ziele diskutieren: Unsere bisherigen Erfahrungen mit einer linksgeführten rot-rot-grünen Landesregierung zeigen: Voraussetzung für Rot-Rot-Grün sind unsere eigene Stärke, unsere eigene programmatische Klarheit, eine kontinuierliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Partnerinnen in- und außerhalb der Parlamente sowie ernsthafte Bemühungen im Dialog mit SPD, Grünen, Gewerkschaften, Verbänden und Bewegungen über ein gemeinsames fortschrittliches politisches Programm. Opposition oder Regieren sind kein Selbstzweck, sondern müssen im Verhältnis zu unseren Zielen bestimmt werden.
- Eine Orientierung auf Rot-Rot-Grün macht Sinn, wenn eine wirklich realistische Aussicht auf diese Option nach der Wahl besteht. Bei einer solchen Konstellation kann DIE LINKE gestärkt aus der Wahl hervorgehen. Ob eine wirklich realistische Aussicht für eine rot-rot-grüne Option nach der Bundestagswahl 2017 entsteht, hängt nicht nur von uns, aber auch von uns ab.